



## *Herbert Fritschi unplugged*

# Kredite nur noch gegen Sicherheiten

### **Rückzahlungs-Illusion**

Die Schulden eines Staats werden im Normalfall nie zurückbezahlt; schon gar nicht von schwachen Staaten. Die Kredite, welche an die notleidenden Euroländer erteilt wurden, können schon heute abgeschrieben werden. Es erstaunt daher nicht, wenn einige EU-Länder für ihre Sippenhaftung anstelle von unhaltbaren Versprechen Sicherheiten oder sogar Pfänder fordern.

### **Argwöhnische Schuldner**

Die Stimmen mehren sich, welche behaupten, dass die EURO-Rettung zu einem Fass ohne Boden wird. Unter den Schuldner scheint ein Umdenkungsprozess begonnen zu haben. Der Ruf nach Sicherheiten für die gewährten Kredite wird zunehmen. Es ist jedoch kaum denkbar, dass nur einige Länder Sicherheiten bekommen. Alle Sicherheiten müssten an die EU gehen. An diesen Sicherheiten hätte jeder Staat einen Anteil, der seinem Kredit entsprechen würde.

## **Art der Sicherheiten**

In erster Linie kämen als Sicherheiten Staatsunternehmen in Frage. Der staatliche Landbesitz wäre – von einigen Ausnahmen abgesehen- wegen ungenügender Rentabilität wahrscheinlich weniger erwünscht. Denkbar wäre ferner, dass das Recht auf gewisse Steuern oder Guthaben an die EU übertragen würde. Erst am Schluss käme die mehr theoretische Überlegung einer Übertragung von Hoheitsrechten über einen Teil des Staatsgebiets.

- Staatsunternehmen
- staatlicher Landbesitz
- Staatseinnahmen
- Hoheitsrechte über Gebiete

## **Staatsunternehmen**

Staatsunternehmen werden in einigen Ländern oft als Versorgungsunternehmen für Verwandte, Bekannte und Parteiliebe missbraucht. Manchmal sind sie auch noch schlecht geführt, haben zuviel Personal, bezahlen zu hohe Löhne und sind deshalb oft defizitär. Für marode Staaten sind solche Unternehmen deshalb eine Belastung. Eine Privatisierung zwecks Schuldentilgung wäre manchmal sinnvoll. Da es dabei aber oft zu Rationalisierungen kommt, werden die Gewerkschaften dagegen Sturm laufen. Streiks und Demonstrationen sind also vorprogrammiert. Weitere Konflikte könnten sich bei Unternehmen des Service Public mit Monopolcharakter ergeben, wenn die Tarife ausgehandelt werden. Der neue Besitzer möchte möglichst hohe, und der Staat möglichst niedrige Tarife.

## **Staatseinnahmen**

Gewisse Steuern und Gebühren könnten vorübergehend an die EU übertragen werden. Wenn ein Land nicht in der Lage ist, seine Steuern einzutreiben, könnten auch Steuerforderungen an die EU abgetreten werden. Dazu wären jedoch vereinfachte Rechtswege notwendig, damit weitere Verschleppungen ausgeschaltet werden könnten. Eine Abtretung der gesamten Steuerhoheit wäre jedoch unrealistisch, weil dies einer Zwangsverwaltung gleichkommen würde.

## **Hoheitsrecht über Gebiete**

Den maroden Staaten am Mittelmeer gehören Inseln, die sich als Pfänder eignen würden. Unter Privaten wäre dies eine Routine-Angelegenheit. Eine Abtretung von Hoheitsrechten kann sich jedoch keine Regierung leisten. Dies würde die Volksseele zum Kochen bringen. An Interessenten würde es zwar nicht fehlen. Verschiedene Länder würden gerne einen Brückenkopf im Mittelmeer errichten. So würden einige Länder mit Freude zugreifen. Die NATO würde es jedoch als eine Bedrohung ansehen, wenn z.B. Russland oder ein asiatisches Land Inseln kaufen würden.

## **Reorganisation und Zwangsverwaltung**

Wenn eine normale Verwaltung innert nützlicher Frist nicht gewährleistet werden kann, wäre eine von der EU verordnete und durchgeführte Reorganisation der staatlichen Verwaltung notwendig. Solche Reorganisationen sind in der Privatwirtschaft eine Selbstverständlichkeit. Aber auch staatliche Verwaltungen mussten schon oft die Hilfe von Beratern in Anspruch nehmen. Nach der Reorganisation könnte sich eine vorübergehende Zwangsverwaltung als sinnvoll erweisen. Ein solches Vorgehen hätte den Vorteil, dass bei Umstellungen die Sabotage der betroffenen Bürokraten sowie von externen Interessen-Vertretern vermindert werden könnte. Bei dieser Gelegenheit könnte die Verwaltung auch von überflüssigen,

unfähigen und korrupten Beamten gesäubert werden. Gleichzeitig könnten Gesetze und Verordnungen, die einer effizienten Verwaltung im Wege stehen, angepasst werden. Dieses Vorgehen hat zwar einen brutalen Beigeschmack; doch lässt sich eine jahrhundertalte Schlamperie und Misswirtschaft leider nicht ohne starken Druck beseitigen.

### **Folgen der Verschuldung auf die EU**

Durch die zunehmende Verschuldung und Bankrottgefahr einiger Staaten wird ein engerer Zusammenschluss immer weniger wahrscheinlich. Der neuste Pleitekandidat heisst Slowenien. Weitere werden folgen. Auch Slowenien hat keine Möglichkeit mehr, am Kapitalmarkt Gelder zu tragbaren Konditionen aufzunehmen. Die Regierungen der soliden Länder stehen unter dem wachsenden Druck ihrer Steuerzahler. Wenn das Volk über die Kredite abstimmen könnte, wäre das Bankrott-Urteil über einige Länder im südlichen Euroraum bereits gesprochen. Wer will schon gemeinsame Kasse mit Pleiteländern machen und für deren Schulden aufkommen? Die Regierungen im Norden werden deshalb unter massivem Druck stehen, weniger Verpflichtungen einzugehen.

### **Realistische Möglichkeiten**

Eine Verpfändung und ein Verkauf von Landesteilen inklusive Hoheitsrecht ist praktisch unmöglich. Es bleibt nur der Verkauf von Staatsunternehmen und Staatsländereien. Ein Land, dem eine Abwertung bevorsteht, schreckt aber insbesondere ausländische Käufer ab. Die warten lieber die Abwertung ab, bevor sie zugreifen. Um diesen Prozess zu beschleunigen, könnten diese Vermögensteile von einem Institut der EU als vorübergehender Besitz erworben werden. Auch Steuerschulden könnten an die EU abgetreten werden, wobei Sonderrecht angewendet werden müsste, um eine weitere Verschleppung zu verhindern. Die Höhe der Sicherheiten und möglichen Verkaufserlöse dürfen aber nicht überschätzt werden. Sie stehen in keinem Verhältnis zur Höhe der von der EU gewährten Kredite. In hoffnungslosen Fällen wären Massnahmen, die Richtung Zwangsreorganisation und –verwaltung gehen, zu überlegen. Es geht hier schliesslich ums Wohl des Landes. Im Privatsektor wird ein unfähiges Management auch nicht mit Samthandschuhen angefasst. Warum soll dies in einem heruntergewirtschafteten öffentlichen Sektor anders sein?

3.9.12 Herbert Fritschi